

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächste folgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

Waldenburger Anzeiger.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeladent 20 Pf.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N. 109.

Freitag, den 12. Mai

1882.

Bekanntmachung.

Da an den nächsten Sonntagen die ordnungsmäßigen kirchlichen Unterredungen mit der in den letzten drei Jahren confirmirten Jugend während des Nachmittagsgottesdienstes wieder ihren Anfang nehmen, so werden die Theilnehmer hierdurch zu regelmäßigem Erscheinen dringend ermahnt, wie auch alle Eltern, Lehrmeister und Dienstherrschaften ersucht werden, ihre Pflegebefohlenen zum Besuch dieser Unterredungen anzuhalten, damit auch auf diesem Wege christl. Erkenntniß und frommer Sinn unter unserer Jugend gefördert werde.

Waldenburg, den 5. Mai 1882.

Der Kirchenvorstand daselbst.
Oberpf. Schumann.

Vom unterzeichneten königlichen Amtsgerichte soll das zum Nachlaß der Frau Johanne Sophie verw. Delschlägel zu Altstadtwaldenburg gehörige

Hausgrundstück, Nr. 46 des Brandcatasters, Fol. 43 des Grundbuchs und Nr. 204 des Flurbuchs für Altstadtwaldenburg, welches in der Nähe des Bahnhofes, unmittelbar an der von Waldenburg nach Hohenstein führenden Landstraße gelegen ist, sich zum Betriebe eines Geschäftes eignet und am 26. v. M. durch Sachverständige auf 4750 M. gewürdert worden ist,

den 16. Mai 1882 Vormittags 9 Uhr

in der Gräje'schen, früher Chares'schen Restauration zu Altstadtwaldenburg auf Antrag der Erben öffentlich versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den am hiesigen Amtspret und in der vorgedachten Restauration aushängenden Anschlag sammt angefügten Versteigerungsbedingungen andurch bekannt gemacht wird.

Waldenburg, den 2. Mai 1882.

Das königliche Amtsgericht.
Baumbach. M.

*Waldenburg, 11. Mai 1882.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Als ein Zeichen des herzlichen Verhältnisses, welches in der kaiserlichen Familie herrscht, sowie der hohen Freude Sr. Majestät über die Geburt des Urenkels darf es gelten, daß Kaiser Wilhelm bei dem Besuche in Potsdam der hohen Wächlerin, der Mutter des nach dem Urtheile derer, die ihn gesehen, prächtigen und gesunden Kindes, gleichsam als „Schmerzensgelb“, wie die Magdeburger Zeitung meint, ein Geschenk von 10,000 Mark gemacht hat, damit die Prinzessin sich dafür etwas kaufe, was sie sich wünsche.

Die neueste Nummer der „Prov.-Corr.“ widmet ihren ersten Artikel dem „Urenkel unseres Kaisers“. Indem sie die Freude schildert, welche dieses freudige Familien-Ereigniß in unserem kaiserlichen Hause in der Bevölkerung hervorgerufen, fährt sie fort: „Eine solche Gelegenheit läßt recht unverkennbar hervortreten, wie tiefe Wurzel unser Königthum im Volke hat, und wenn bei neueren Anlässen alle politischen Richtungen weitestens ihre Treue gegen das Königthum zu versichern, so zeigt sich jetzt wiederum, daß diejenigen wenigstens sich an unserem Volksgeiste versündigen würden, welche von einer anderen Grundlage für ihr Wirken ausgehen wollten. Möge jene Treue bis zum Urenkel des Kaisers sich auch immerdar in Thaten erweisen! Dasselbe Zeitungsblatt, welches uns die große Freudennachricht brachte, enthielt auch die entsetzliche Kunde aus Irland, und erinnerte uns umsomehr daran, wie unbefangenen und rüchhaltlos wir uns im Vergleich mit anderen Völkern der patriotischen Freude hingeben können. Ein hochliberales Blatt findet in den Zuständen Irlands vor Allem den Beweis, daß das Verhältniß zwischen Regierenden und Regierten tief zerrüttet und unheilbar erkrankt ist, — die Regierung erfülle dort ihre erste Pflicht, Leben und Eigenthum ihrer Angehörigen zu beschützen, nicht. Im Gegentheil, wer gewisse Gesetze des Staats beobachtete, setzte sich damit der Rache einer geheimen Behme aus, die mächtiger war und besseren Gehorsam fand, als die Staatsgewalt. Und das in Großbritannien, welches sonst mit Recht als Fort des Gesetzes und der Achtung vor dem Gesetze gilt! Wenn wir diese Zustände, die seit Jahren die eine der beiden britischen Inseln zerrütten, kaum begreifen können, wenn wir die Nebel nicht kennen, an denen andere große Reiche krankten, so ist es, weil bei uns seit Jahrhunderten ein wirklich dem öffentlichen Wohl dienendes Fürstengeschlecht mit hingebender Fürsorge für die Gesamtheit regiert. Wie klein erscheinen solchen Zuständen gegenüber die Kämpfe und Sorgen, die uns erfüllen! Möge die gemeinsame Hingabe ans Vaterland, die sich in

der Theilnahme an den Geschicken des Herrscherhauses bewährt, Preußen und dem Reiche eine glückliche Entwicklung verbürgen. Hoch Kaiser Wilhelm, hoch sein Urenkel!“

Das erste Verzeichniß der beim Reichstag eingegangenen Petitionen ist soeben ausgegeben worden. Dasselbe enthält 615 Petitionen, aus denen wir folgende hervorheben: Eine Anzahl von Gesuchen wendet sich gegen den Impfschwanz und bittet um Aufhebung desselben. Die Berliner zahnärztliche Gesellschaft beantragt Abänderung bestehender Mißstände auf zahnärztlichem Gebiet. Der Verein für Geflügelzucht und Vogelschutz in Siegen beantragt Einführung eines Vogelschutzgesetzes. Gutsbesitzer Erbwein in Königsbach in Bayern beantragt Einführung einer Most- und Weinsteuer. Mezel und Gen. zu Pöhlneck bittet um Abänderung des Militärstrafgesetzbuches und der Militärgerichtsordnung. Einige Gewerbevereine zc. bittet um Einschränkung des Betriebes der in Fabriken und anderen Etablissements bestehenden Konsumanstalten. Der mehrgenannte Major a. D. v. Kretschmann in Hamburg-Eimsbüttel wiederholt seine frühere Bitte um Gestattung des Rechtsweges zur Geltendmachung seines aus dem schleswig-holsteinischen Pensionsgesetz vom 15. Febr. 1880 hergeleiteten Anspruchs auf lebenslängliches Wartergeld. Der Vorstand des demokratischen Vereins zu Mannheim bittet um Einführung einer Entschädigungspflicht des Staates für schuldblos erlittene Haft. Superintendent Sievers zu Sarstedt beantragt Reform des Civilstandsgesetzes. Der Director des Körnermuseums Dr. Pöschel in Dresden bittet, dahin wirken zu wollen, daß die notwendigen Mittel zur weiteren Erhaltung des Körner-Museums in Dresden aus Reichsfonds bewilligt werden. Schneidermeister Köhrs in Berlin bittet um Errichtung eines internationalen Gerichtshofes zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den europäischen Staaten behufs Vermeidung der Kriege. Eine große Anzahl von Petitionen bittet um Einschränkung der Freizügigkeit, event. um Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, namentlich in Bezug auf den Beginn und den Erwerb der Unterstützungsberechtigung, eine andere Gruppe von Petitionen richtet sich gegen die Gewerbeordnung und bittet um Erlass einer Zusatzbestimmung zum § 33 derselben und um Wiedereinführung des Legitimationszwanges für die Arbeit suchende Bevölkerung. Der Gesamtvorstand der deutschen Buchbinder zc. in Leipzig u. A. beantragen anderweite Regelung der Gefängniß- und Zuchtthausarbeit. Eine Anzahl von Innungsvorständen bittet um Einführung obligatorischer Innungen, Gesellen- und Meisterprüfungen, Einführung von Arbeitsbüchern, sowie Bestrafung des Contractbruchs und Aufhebung der Zuchtthausarbeit, Aufhebung der Militärwerkstätten zc. Eine andere Gruppe von Petitionen

erbitten theils Erhöhungen theils Ermäßigungen der Zölle auf einzelne Artikel des Zolltarifs. Andere Petitionen bitten um Beschränkung des Hausirhandels, des Verkaufs von Giften und Geheimmitteln, um Einführung der Concessionspflicht für das Gewerbe der Rechtsconsulenten, um Gestattung des Besuchs der Privatlandschaft durch Handlungsreisende mit Waarenmustern zum Zweck der Bestellung auf Waaren. Hunderte von Petitionen beziehen sich auf das Tabakmonopol und erklären sich mit einer Ausnahme gegen das Monopol und jede weitere Erhöhung der Tabaksteuer; die meisten derselben bitten auch um Aufhebung der Straßburger Tabakmanufaktur. Versicherungsbeamte in Leipzig bitten für den Fall der Annahme des Unfallversicherungsgesetzes um eine entsprechende Entschädigung aus Reichsmitteln.

In Reichstagskreisen bildet das Schicksal der Tabakmonopolvorlage das Hauptgespräch. Nachdem die Centrumsfraction in ihrer Sonnabend-sitzung mit Majorität sich der Einführung des Monopols entgegengestellt hat, ist dessen Ablehnung im Reichstage mit einer Majorität von fast drei Vierteln zu erwarten. Das größte Contingent für das Monopol wird im Verhältniß die Reichspartei stellen, von deren 29 Mitgliedern nur die drei sächsischen Abgg. Dieze, Günther und v. Schwarze gegen das Monopol stimmen dürften. Von der deutschconservativen Fraction wird die Majorität für die, Minorität (10 bis 15 Mitglieder) gegen das Monopol stimmen. Die drei liberalen Fractionen, die Volkspartei, die Socialdemokraten werden wohl einstimmig dagegen votiren.

Seitens des Vorstandes der pommerschen Provinzial-Synode ist, wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, gegen die Bestätigung des jüdischen Rectors der Universität Greifswald Beschwerde geführt worden. Die Eidesleistung des Rectors hat immer am 15. Mai zu geschehen. Der Eid soll nach genanntem Blatt noch jetzt statutenmäßig confessionell sein.

Dem neugebildeten Bauernverein für Nieder- und Mittelschlesien ist unterm 6. d. auf seine Zustimmungadresse zur Wirthschaftsreform der Reichsregierung folgende Antwort aus Friedrichsruh zugegangen: „Mit lebhafter Befriedigung habe ich die Bildung des schlesischen Bauernvereins erfahren und bitte die Herren, für die Mittheilung davon meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen. Das vom Verein geplante Vorgehen scheint mir für die Erreichung seines Zweckes, die Landwirtschaft zu heben und ihr die Gleichheit in der Besteuerung mit anderen Gewerben wiederzugewinnen, besonders geeignet. Ich wünsche, daß das gute Beispiel in allen Provinzen Nachahmung fände, damit der gesammte Bauernstand sich zur Bekämpfung der Benachtheiligung vereinige, welche die wirthschaftliche Gesetzgebung seit einem Menschen-